

## Haushaltsrede 2022

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren,

wobei ich unter dieser allgemeinen Formel heute ausdrücklich den Magistrat mit unserem neuen Bürgermeister und die Verwaltung angesprochen wissen will, denn der am 24.02.22 eingebrachte Haushalt stammt ja aus ihrer Feder!

Wie es sich für jede **kritische Analyse** gehört, möchte auch ich im Folgenden positive Ansätze und Entwicklungen des Haushalts den anhaltenden Belastungen und negativen Perspektiven gegenüberstellen, bevor ich den Versuch einer **Gesamtbewertung** unternehme und die **Abstimmungsentscheidung** der FDP-Fraktion damit begründe.

Gerade mal zwei Monate liegen seit der **Einbringungsrede des Ersten Stadtrats** zurück, dem ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich danken möchte für seine Verdienste um die Auf- und Fertigstellung des Entwurfs, denn zu den auch von ihm korrekterweise im Vorbericht genannten besonderen „**Rahmenbedingungen**“ gehörten ja in der Tat neben der anhaltenden Pandemie die Haushaltsgenehmigung vom August mit ihren hohen Auflagen, der überraschende Tod des Rathauschefs und die dadurch bedingte späte Einbringung des Haushalts, von der sich alle einig sind, dass sie sich am Ende von 2022 für den Haushalt 23 nicht wiederholen darf.

Auf die Darstellung der „**wesentlichen Änderungen**“ ging er dabei m.E. zu wenig ein und beschränkte sich auf eine doch sehr optimistische Gesamtbewertung, wonach das „Tal durchschritten“ sei, weil es beim Steueraufkommen bergauf gehe und die Erträge steigen würden.

Nach Ansicht der FDP ist es jedoch fahrlässig, mit Blick auf die Verpflichtung zur Haushaltswahrheit weiterhin nur von *geänderten Rahmenbedingungen* zu sprechen, wo wir alle längst wissen, dass diese Bedingungen aus zunehmend **unkalkulierbaren Risiken** bestehen, zu denen nicht nur die linear ansteigenden Umlagen gehören, sondern mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit die **Eskalation** nationaler und globaler Konflikte und die damit einhergehende **Explosion** der Rohstoff- und Energie-Kosten bei gleichzeitiger Verknappung auch existenzsichernder Produkte.

Deshalb ist der FDP-Fraktion auch völlig uneinsichtig, wie man sich jetzt schon darauf festlegen kann, dass es dank der neuerlichen von der Verwaltung vorgeschlagenen Kürzung nun garantiert keinen **Nachtragshaushalt** geben wird – aber vielleicht handelt es sich ja dabei auch um ein Gerücht oder Missverständnis!

Fest steht jedenfalls, dass sich bei der „Planung und Entwicklung wichtiger Planungskomponenten innerhalb des Zeitraums der **mittelfristigen** Ergebnis- und Finanzplanung“ weder die genannten besonderen Rahmenbedingungen noch die verschwiegenen hohen Risiken niedergeschlagen haben, und zwar weder im **Investitionsprogramm**, noch im **Stellenplan** und schon gar nicht bei der „**Entwicklung des Vermögens und der Schulden, des Finanzmittelüberschusses und –bedarfs**“ – dass das nicht der Fall ist, will ich im Folgenden unter diesen drei Aspekten erläutern.

Zwei Anmerkungen möchte ich allerdings noch vorausschicken, die eine, weil m.E. die unter P.9 im Vorbericht dargestellte „**Demografische Entwicklung**“ als Tabellen-lastiges Schlusslicht allzu wenig Beachtung findet, die andere, weil ich mich dabei zufällig als besonders sachkompetent betrachte.

Was meine ich damit?

- 1.) Im Vergleich mit der Entwicklung im Landkreis, dem RB Darmstadt und dem ganzen Land Hessen fällt auf, dass die Bevölkerungszahl in Land und Landkreis gleichbleibend, im RB Darmstadt als ansteigend, in GU aber als fallend prognostiziert wird. In wenigen Jahren wird

sie sogar nur noch halb so hoch wie im RB sein, ähnlich wie die Zahl der Wohnungen. Dabei fällt auf, dass die pro Einwohner zur Verfügung stehende (Wohn-)Fläche doppelt so hoch bleiben und die Zahl der Pendler sowie der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten stetig steigen wird. Das bedeutet, dass die Erträge aus Steueraufkommen u.ä. sinken werden bei gleichzeitigem hohem Investitionsbedarf in Straßenbau und ÖPNV, es heißt auch, dass wir uns den Luxus neuer großflächiger Baugebiete bei gleichzeitiger Vernachlässigung des bezahlbaren Wohnraums und noch stärkerer Verdichtung zur Vermeidung hoher Investitionskosten in neue Infrastruktur nicht länger werden leisten können – ein mittelfristiges Risikomanagement, dem m.E. an keiner Stelle im Haushalt Rechnung getragen wird.

- 2.) Meine zweite Anmerkung gilt der **Kreis- und Schulumlage**. Da der Kreishaushalt erst Anfang April eingebracht wurde und erst im Juni verabschiedet werden wird, gehörte sie zu den großen Unbekannten, deren befürchtete Erhöhung zu Änderungen des Haushalts führen würde. Es ist lobenswert, dass es im laufenden Monat noch gelungen ist, die inzwischen bekannte Forderung einer knappen halben Million in den Haushalt einzuplanen und durch die Idee einer 8%igen Kürzung aller Sach- und Dienstleistungen den im ersten Entwurf so erfreulich erscheinenden Überschuss von gut 200.000 Euro zu „retten“. Aber dieser „schmale Streifen Speck“, wie ihn der Erste Stadtrat in seiner Einbringungsrede bezeichnete, „macht den Kohl nun wirklich nicht fett“, um im Bild der bescheidenen Lebensmittel zu bleiben.

Sie werden verstehen, dass ich als Ganztagsdezernentin des Kreises die Entwicklung der Schulumlage wesentlich zuverlässiger einschätzen kann, als es der Vorbericht unseres Haushalts tut. Denn während es früher sog. „kommunizierende Röhren“ gab, wie sie der Landrat zu bezeichnen pflegte – gemeint war, dass Kreis- und Schulumlage absolut gesehen gleich blieben, stieg die Schulumlage, sank die Kreisumlage – ist man in 2022 erstmalig von diesem Prinzip abgewichen. Beide werden in den Folgejahren erheblich steigen, denn die Bedarfe steigen und die Schulumlage muss kostendeckend erhoben werden. Die explosionsartig gestiegenen Kosten des Schulbaus hängen sicher auch mit zu hohen Standards, Rohstoffverknappung, Personalmangel und endlosen Bearbeitungszeiten, nicht zuletzt durch Ausschreibungsverfahren zusammen; die gestiegenen Kosten in der Bauunterhaltung mit jahrzehntelangem Verzicht auf regelmäßige Instandhaltung und einem Verfall der Substanz. Hinzukommen werden aber in den nächsten 5 bis 10 Jahren die Kosten für den Ganztags. Wie die KiTa-Kosten gehörten auch die Kosten der Betreuung von Schulkindern in den sog. Horten zu den Pflichtaufgaben der Kommunen. Durch die Einführung des Pakts für den Nachmittag haben sich die Kommunen hier in großen sechststelligen Beträgen entlasten können, die der Schulträger als seiner Auffassung nach freiwillige Leistung übernommen hat. Ab 01.08.22 werden über 6500 Kinder am Angebot teilnehmen, was den Kreis 2.567.625,00 Euro Millionen kosten würde. Bis zur Einführung des Rechtsanspruchs 2026 und der dabei erhofften Klärung der Finanzierung durch Bund und Länder wird der Bedarf auf über 8000 Plätze steigen. Dem muss nicht nur das Schulbauprogramm Rechnung tragen, sondern auch die laufenden Betriebs-, Personal- und Verwaltungs-Kosten müssen aufgebracht werden, Aufwendungen, die sich der Kreis über die Schulumlage von den Kommunen zurückholen wird. Der „Verteilungskampf zwischen Kommunen und Landkreisen“, wie ihn Herr Kreh in seiner Rede genannt hat, wird sich bei diesen Summen verschärfen.

Damit komme ich zum **Investitionsprogramm**, das im Wesentlichen „fortgeschrieben“ wird. Etwa gleich groß sind die Investitionen in die beiden KiTas in Wiebelsbach und Kleestadt und in die Baugebiete in Semd und Heubach – sie machen fast ein Drittel des Gesamtvolumens aus.

Straßenerneuerungen innerhalb Umstadts, aber auch zu den oder in den Ortsteilen (Ri Langstadt und in Raibach) bilden knapp das zweite Drittel. Im letzten Drittel finden sich zahlreiche Investitionen von oder unter einer halben Million und die auf dieses Jahr entfallenden 1,5 Mio. für die Sanierung des Freibads. Diese Kosten seien, so Stadtrat Kreh, „unabdingbar“.

Und hier setzt die Kritik der FDP-Fraktion an: „Unabdingbar“? Wenn die Einnahmen nicht zu steigern sind – vielleicht sogar sinken werden, wenn man alle Risiken einkalkuliert! – und wenn die Ausgaben steigen werden – so sicher wie das Amen in der Kirche – dann muss **jede Investition auf den Prüfstand**, jede, auch wenn sie noch so sinnvoll erscheint oder eben nur 500.000 Euro kostet, aber erst recht, wenn die Effektivität bezweifelt wird. Klar, im KiTa-Bereich holen uns die über Jahrzehnte nicht gemachten Hausaufgaben der SPD geführten Regierung ein. Aber ist Kleestadt die richtige Wahl? Und wird nicht der Ausbau der Plätze in GU von denselben Verschleppungen und Verteuerungen betroffen sein wie der Schulbau des Kreises?

Klar, Baugebiete bringen Wachstum, aber sollten wir nicht, wie von der BVG mehrfach eingefordert, endlich mal über die **Grenzen des Wachstums** nachdenken? Müssen die teuren Erschließungskosten von der öffentlichen Hand übernommen werden, während andere die Gewinne einstreichen? Auch im Straßenbau wurde vieles verschleppt, wie ja überhaupt die Kritik am Investitionsstau zu den zentralen Punkten der Haushaltsgenehmigung gehört. Im Durchschnitt hat GU in den vergangenen Jahren 8 Mio. pro Jahr – bei insgesamt geplanten 56 Mio.! – investiert. Warum eigentlich sollte es ausgerechnet in 2022 trotz der beschriebenen Risiken gelingen, das Doppelte umzusetzen? Ist das Optimismus oder Volksverdummung? Ist wirklich keine der Investitionen zu überdenken? „FDP will Schwimmbad-Sanierung stoppen!“ – ich höre schon die Empörung, die ja meistens differenziertere Betrachtungen übergeht. Ja, natürlich hätte man über den Zeitpunkt nachdenken können, aber noch besser über andere Finanzierungsmodelle. Das gilt auch für das sanierungsbedürftige Rohrnetz und andere Kosten der Wasser- und Abwasserbewirtschaftung, für die die FDP Vergleichbares in der Vergangenheit vorgeschlagen oder gefordert hatte. Und brauchen wir wirklich einen Radweg nach Altheim, wo es nicht mal einen zwischen dem nah gelegenen Ortsteil Raibach und der Kernstadt gibt?

Betrachtet man vor diesem Hintergrund die **allgemeine Finanzlage** der Stadt, so ist das Urteil, das „Tal sei durchschritten, es gehe aufwärts“ auf den ersten Blick vielleicht zutreffend und durch das Plus von 3,084 Mio bei den Erträgen auch belegt. Das Jahr 2019 markiert offensichtlich den Tiefpunkt bzw. auch den „Sündenfall“ in der Haushaltsführung. Finanzmittelbestand und Investitionskredite verdoppelten sich und gingen dann ab 2020 auf Null – wegen Investitionsstau, ein Stau, der wegen der Entwicklungen am Finanzmarkt die Stadt alleine jährlich über eine Million an Negativzinslast kostet.

Aber die steigenden Aufwendungen führen eben auch zu einem Jahresergebnis von minus 1,439 Mio und der aus Verwaltungstätigkeit erwirtschaftete Überschuss deckt nicht mal die Hälfte der Abschreibungen. Tilgungen müssen durch Kredite finanziert werden, die Stadt lebt über ihre Verhältnisse und eine Vorausschau, wie das in den nächsten Jahren weitergehen soll, sucht man im Vorbericht vergeblich.

Das Minus bei den Aufwendungen wird maßgeblich von den **Personalaufwendungen** verursacht, deshalb will ich mich abschließend und wie angekündigt dem **Stellenplan** zuwenden.

Längst ist es ein offenes Geheimnis, dass GU zu den Kommunen gehört, die bezogen auf je 1000 Einwohner auffallend viele Stellen vorhält: 261,8 Stellen insgesamt. Trotzdem soll der Stellenplan noch einmal um 6,6 Stellen anwachsen und der Zuwachs wäre noch höher ausgefallen, wenn nicht der Magistrat die vom Bauhof geforderte Erhöhung von ursprünglich 4,35 Stellen (dann aber doch nur 3 Stellen) auf 1,5 begrenzt hätte. Eine Reduzierung auf 2/3 des ursprünglich als notwendig Erklärten? Heißt es misstrauisch sein, wenn einen hier der Verdacht beschleicht, man habe nach dem Grundsatz gehandelt, erstmal üppig zu fordern, damit das Gewünschte schließlich realisiert wird? Klar, die

meisten Erhöhungen kommen durch einzelne Stundenkontingente zusammen, manche folgen gesetzlichen Vorgaben und wer wollte schon beim Datenschutz, beim Bürgerservice oder der Jugendarbeit sparen? Aber auch wenn 3 Stellen irgendwann „wegfallen können“ (die 4. habe ich nicht gefunden!), „können“ heißt nicht „müssen“ oder „werden“ – Annahmen taugen wenig für einen soliden Haushaltsplan. Zur Stelle des Klimaschutzmanagements werden wir unter 5. noch etwas sagen.

Wichtiger als die Stellen zu vermehren, scheint uns der Vorschlag des Ersten Stadtrats, die nach der Umstrukturierung von sieben Fachbereichen auf drei Ressorts vakanten beiden Ressortleitungen endlich zu besetzen oder einen hauptamtlichen Stadtrat zu installieren. Ohne Führungskräfte kann die Verwaltung nicht effektiv arbeiten. Weniger Personal bzw. weniger Vollzeitäquivalente – das müsste das Ziel sein, bei gleichzeitiger Steigerung der Effizienz durch mehr Eigenverantwortung und deckungsfähige Zuständigkeiten, um auch bei Ausfällen zeitnah und unbürokratisch für die Anliegen der Stadt und ihrer BürgerInnen tätig sein zu können.

Wie man den Stellenplan und damit die Personalkosten mit nur einer Entscheidung spürbar entlasten könnte, zeigt das Thema „**Gemeinschaftskasse**“. Allein 10 Stellen könnten kW gestellt werden, wenn man sich endlich entscheiden könnte, das Kassenwesen außer Haus zu geben. Darüber seien die MitarbeiterInnen verunsichert, ließ uns Herr Kreh wissen. Hat jemand behauptet, Konsolidierung gelänge ohne Verzicht? Übrigens hätte man seinerzeit genauso viel Stellen einsparen können, wenn man dem Vorschlag der FDP gefolgt wäre und das Wasser- bzw. Abwasser-Management in die Hand des **Zweckverbands** gelegt hätte. Von etlichen dadurch zu vermeidenden Investitionen auf diesem Gebiet ganz zu schweigen.

Vielmehr wird im vorgelegten Haushalt einfach lapidar festgestellt – nachzulesen auf S. 24! – eine Prüfung, ob einzelne **wirtschaftliche Betätigungen** der Stadt „**privaten Dritten**“ übertragen werden könnten, sei „nicht erforderlich“! Alles sei durch Ausnahmeregelung von vor 2004 geregelt.

„Das haben wir immer so gemacht!“ – die ideale Standardformulierung zur Verhinderung jeglicher Innovation!

Braucht`s noch eine Zusammenfassung? Oder waren meine Kommentare und wertenden Formulierungen schon eindeutig genug?

Auch wenn der Haushalt eine deutlich neue und bessere, weil klarere Handschrift und Gliederung aufweist, auch wenn die Fraktionen viel stärker in die Vorarbeit eingebunden und der Haushalt dadurch transparenter wurde! Auch wenn ein Überschuss von 214.000 Euro unter dem Strich steht!

**Groß-Umstadt lebt über seine Verhältnisse und weist nicht mal ansatzweise einen Weg aus der Misere auf. Dafür werden die Liberalen keine Verantwortung übernehmen und den Haushalt deshalb ablehnen.**

Margarete Sauer  
Fraktionsvorsitzende